

Öffentliche Niederschrift
4. Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 16.04.2026
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 15:43 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Dagmar Heitmann SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Jörg Lange	AfD	
Simone-Tatjana Stehr	CDU	
Johannes Thielen	CDU	
Nicole Kopp-Czech	SPD	
Marita Wolter	CDU	
Dr. Ute Jordan-Ecker	SPD	
Denise Horn	SPD	
Erich Friedrich Noldus	AfD	Vertretung für: Jutta Both
Birgit Mumm	AfD	
Martina Schiller	GRÜNE x PAR-TEI	

sachkundige/r Bürger/in

Finn Rubin	CDU	Vertretung für: Gundula Hausmann-Peters
Malte Perenz	FOB-FDP im Rat	Vertretung für: Marc Hoff
Phillip Heiler	CDU	
Thomas Krey	SPD	
Sabine Teuchert	GRÜNE x PAR-TEI	
Marc Mulia	LINKE.LISTE	
Ralf-Michael Stallmann	AfD	

Beratendes Mitglied

Ulrike Laufer	Ev. Kirche
Olaf Peters	Kath. Kirche
Daniela Heimann	

Beratendes Mitglied als Stadtverordneter

Nico Grönke	fraktionsloses Ratsmitglied
-------------	--------------------------------

Verwaltung

Christoph Hegener
Alexander Puy-Merks

Gäste

Karin Büschenfeld	
CDU-Geschäftsstelle	CDU
SPD-Geschäftsstelle	SPD
AfD-Geschäftsstelle	AfD
GRÜNE X PARTEI Geschäftsstelle	GRÜNE x PAR- TEI
LINKE.LISTE-Fraktion-Geschäftsstelle	LINKE.LISTE
FOB-FDP im Rat - Geschäftsstelle	FOB-FDP im Rat

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Gundula Hausmann-Peters	CDU	entschuldigt
Jutta Both	AfD	entschuldigt
Marc Hoff	FOB-FDP im Rat	entschuldigt

Verwaltung

Jürgen Schmidt, Dezernat 3
Doreen Barzel, Bereich Schule
Marc Uebing, FB 3-3-20
Thong Lai, FB 4-4/IT
Tanja Januschweski, Dez. 3

Gäste und weitere Teilnehmer

Christian Alders, Schwarze Heide Schule
Susanne Amrehn, Steinbrinkschule
Petra Krüger-Hufmann, GKS
Peter Högerle, KKBK
Alice Bienk, Elsa Brandström-Gymnasium
Markus Kortmann, Heinrich Heine
Dr. André Remy, Sophie-Scholl-Gymnasium
Ursula Niemann, Anne-Frank-Realschule
Tim Meier, Gesamtschule Weierheide

Marcel Weyer, CDU

Katharina Ostapenko, ACI
Tabea Hemker, FB 4-5-10
Thomas Meister, FB 4-5-10

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Kenntnisnahmen	
2.1	Schulstatistik der Stadt Oberhausen für das Schuljahr 2025/2026	M/18/0678
3	Vorberatungen	
3.1	Genehmigung der Finanzierungs- und Vertragsverlängerung der OGS-Kooperationsverträge und der Vereinbarung zu den OGS-Ferienangeboten ab dem 01.08.2026 für ein Jahr	B/18/0665
3.2	Antrag der AfD-Ratsfraktion nach § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Unterstützung ehrenamtlicher Müllsammelinitiativen sowie Ausweitung präventiver Maßnahmen in Schulen und Kitas	A/18/0698
4	Mitteilungen der Verwaltung	

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Frau Heitmann (Vorsitzende) eröffnet die vierte Sitzung des Schulausschusses in der Wahlperiode 2025/2030 und begrüßt alle Mitglieder, sowie alle anwesenden Gäste im Ratssaal, unter ihnen den Vertreter der örtlichen Medien.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Frau Both (AfD) und Frau Hausmann-Peters (CDU). Für Frau Stadtverordnete Both nimmt Herr Stadtverordneter Noldus teil. Frau Stadtverordnete Hausmann-Peters wird von Bürgermitglied Rubin vertreten.

Frau Heitmann erläutert, der Schulausschuss sei beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sei. Anwesend sind 18 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und vier beratende Mitglieder. Damit sei der Ausschuss beschlussfähig. Frau Heitmann stellt fest, dass die Einladung den Teilnehmenden am 27.03.2026 form- und fristgerecht zugeleitet worden sei.

Frau Heitmann erklärt, dass Tagesordnungspunkte gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt und seine Ausschüsse, durch Beschluss des Schulausschusses in anderer Reihenfolge beraten werden können.

Da zum Zeitpunkt der Einladung lediglich zwei Drucksachen für die heutige Tagesordnung vorgelegen haben, schlägt sie für die Tagesordnungspunkte (TOP) eine Neustruktur vor.

Unter dem TOP 1 im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung schlägt sie die „Eröffnung der Sitzung“ mit den formellen Feststellungen vor.

Die ursprünglichen TOP 1 mit der Drucksache B/18/0665 (Genehmigung der Finanzierungs- und Vertragsverlängerung der OGS Kooperationsverträge) und TOP 2 (Mitteilungen der Verwaltung) verschieben sich entsprechend.

Die Verwaltung habe mit der Drucksache M/18/0678 (Schulstatistik der Stadt Oberhausen für das Schuljahr 2025/2026) eine Berichtsvorlage für den öffentlichen Teil der Tagesordnung auf den Weg gebracht.

Sie schlägt vor, diesen unter dem TOP 2 mit der Überschrift „Kenntnisnahmen“ und dort wiederum unter dem TOP 2.1 zu beraten.

Bezüglich der zunächst ebenfalls als Nachtrag für die Sitzung vorgesehenen Drucksache M/18/0680 (Bericht Förderprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ 2026), habe sich zwischenzeitlich ergeben, dass diese erst für den nächsten Beratungsgang vorgesehen wird. Frau Heitmann ergänzt, die Freigabe für die entsprechende Vorlage habe aufgrund der Osterferien nicht rechtzeitig erfolgen können.

Daraufhin verschieben sich die auf den TOP 2 gerückte Drucksache B/18/0665 (Genehmigung der Finanzierungs- und Vertragsverlängerung der OGS-Kooperationsverträge und der Vereinbarung zu den OGS-Ferienangeboten ab dem 01.08.2026 für ein Jahr) auf den neuen TOP 3 und die auf den TOP 3 gerückten „Mitteilungen der Verwaltung“ auf den neuen TOP 4.

Den TOP 3 könne man mit der Überschrift „Vorberatungen“ versehen, sodass eine Beratung der Drucksache B/18/0665 (Genehmigung der Finanzierungs- und Vertragsverlängerung der OGS-Kooperationsverträge und der Vereinbarung zu den OGS-Ferienangeboten ab dem 01.08.2026 für ein Jahr) unter dem neuen TOP 3.1 erfolgen könne.

Fristgerecht eingegangen ist für den öffentlichen Teil der Tagesordnung mit der Drucksache

A/18/0698 ein Antrag der AfD-Fraktion zu Müllaktivitäten in Schulen und Kitas. Hier schlägt Frau Heitmann eine Beratung unter dem neuen TOP 3.2 vor.

Des Weiteren habe die Verwaltung mit der Drucksache B/18/0691 (Errichtung eines Erweiterungsneubaus am Bertha-von-Suttner-Gymnasium; hier: Auftragsvergabe Dachdeckerarbeiten), B/18/0701 (Beschaffung von iPads für Oberhausener Schulen) und B/18/0705 (Beschaffung von digitalen Tafeln für Oberhausener Schulen) schließlich noch drei weitere Vorlagen für den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung fertiggestellt. Hier schlägt sie eine Beratung unter den TOP 2.1, 2.2 und 2.3 vor.

Sämtliche zur Erweiterung der Tagesordnung vorgeschlagenen Verwaltungsvorlagen haben zum Zeitpunkt des fristgerechten Versands der Einladung nicht vorgelegen. Hierzu ergänzt Herr Schmidt (Beigeordneter), dass der Schulausschuss vier Tage nach der Osterpause stattfindet. Dadurch sei es zu Verzögerungen bei der Vorlagenerstellung bzw. endgültigen Vorlagenfreigabe gekommen.

Frau Heitmann (Vorsitzende) fragt, ob es Anregungen oder Einwände zur geänderten und erweiterten Tagesordnung gebe. Sie stellt fest, dass dies nicht der Fall sei, somit sei die Nachtragstagesordnung freigegeben.

Frau Stehr (CDU) bittet darum, die nachträglich eingestellten Vorlagen deutlich zu reduzieren. Die zu spät eingereichten Vorlagen verursachten hohen Druck, da die Tätigkeit der Ausschussmitglieder ehrenamtlich ausgeübt würde und die Teilnehmenden noch berufstätig seien.

Herr Schmidt erläutert, dass sich die Erstellung sowie der Versand der Vorlagen in den Osterferien schwierig gestaltet habe, künftig aber mehr auf die Einhaltung der Fristen geachtet würde. Auch die Schulleitungen würden wieder automatisch über die Sitzung und die TO informiert.

Anschließend macht Frau Heitmann (Vorsitzende) darauf aufmerksam, dass Herr Malte Perenz (FOB-FDP) zum ersten Mal an der Sitzung des Schulausschusses teilnimmt. Er sei daher vor Eintritt in die Tagesordnung zu verpflichten.

Frau Heitmann führt Herrn Perenz in das Amt des sachkundigen Bürgers für den Schulausschuss der Stadt Oberhausen ein. Herr Perenz legt den Eid ab und unterzeichnet die Verpflichtungsformel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

2 Kenntnisnahmen

2.1 Schulstatistik der Stadt Oberhausen für das Schuljahr 2025/2026 M/18/0678 zur Kenntnis genommen

Frau Horn (SPD) geht auf die Schulstatistik ein. Sie hebt hervor, dass ein starkes Gefälle bezüglich der Schüler*innenzahlen (und Klassengrößen) in den Grundschulen zwischen dem Norden und Süden Oberhausens bestehe. Sie führt weiter aus, die Gesamtschulen hätten hohe Abiturient*innenzahlen und es gebe kaum Unterschiede zu Gymnasien. Eindeutig sei, dass auch die Gesamtschule Osterfeld viele Abiturient*innen habe. Des Weiteren berichtet sie von einem Artikel der WAZ (online 12.04.2026), in dem eine Referendarin darlegt, dass sie trotz der anspruchsvollen Rahmenbedingungen gerne an der

Schule unterrichte. Die SPD bedankt sich beim Kollegium der Gesamtschule Osterfeld für sein Engagement.

Frau Horn merkt an, dass die Glück-auf-Schule (Förderschwerpunkt „Lernen und emotionale und soziale Entwicklung“) einen hohen Anstieg bei den Anmeldezahlen für den weiterführenden Zweig verzeichne. Sie möchte wissen, weshalb so viele Schüler*innen von der Grundschule auf die Förderschule wechseln. Sie fragt, ob dies auch etwas mit der Größe der Grundschulklassen zu tun habe.

Frau Schiller (Grüne X Partei) merkt an, die Startchancen-Schulen hätten eine hohe Klassenfrequenz (29/30 Kinder) und dies sei nicht im Sinn der Bildungsgerechtigkeit. Ihr sei bekannt, dass die Verwaltung sich bemühe, diesen Zustand zu beheben. Dennoch benötige man zeitnah eine Lösung, insbesondere an den weiterführenden Schulen.

Sie weist darauf hin, dass den Offenen Ganztagsschulen Raumkapazitäten fehlten. Dazu zählten insbesondere Aufenthaltsräume für die Zeit nach dem Unterricht sowie Bewegungsräume für die jungen Schüler*innen.

Frau Schiller fordert, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung Lösungen für die zu vollen Klassen sowie die Raumkapazitäten im Ganztag zu finden.

Frau Stehr (CDU) entgegnet, dass sich die Schulhöfe als Bewegungsraum nutzen ließen. Zur Wortmeldung von Frau Horn bezüglich der Heterogenität von Alt-Oberhausen und Sterkrade merkt Frau Stehr an, dass es sich dabei um eine strategische Stadtplanungs- und Entwicklungsfrage handele. Schulentwicklung hieße auch zu fragen, wo sich Wohngebiete entwickeln lassen und nicht erst zu reagieren, wenn die Schüler*innen bereits da sind.

Herr Mulia (Linke.Liste) geht auf die Klassengrößen ein. Er kritisiert, Land und Kommune würden sich bei der Bildung der Klassen gegenseitig die Verantwortung zuweisen. Der Neubau von Schulen sei unumgänglich, ansonsten sei eine andere Verteilung der Schüler*innen auf die Klassen nicht möglich.

Beispielhaft geht er auf Seite neun der Schulstatistik ein. In der Jahrgangsstufe sieben der Theodor Heuss-Realschule befänden sich 132 Kinder. Der Tabelle auf Seite 13 ließe sich entnehmen, dass die Jahrgangsstufe entsprechend aus vier Klassen mit je 33 Kinder bestehe. Dies sei inakzeptabel.

Ein Rückgang der Schüler*innenzahlen sei für die Grundschulen nicht absehbar. Es seien im Durchschnitt 2.000 Kinder in einem Jahrgang. In den weiterführenden Schulen könnten die 2.000 Schüler*innen aus der Grundschule selbst bei einer Klassenstärke von 30 Kindern nicht untergebracht werden. Es ständen nur 1.900 Plätze zur Verfügung.

Er weist darauf hin, dass im Schulkonsens (Land NRW) Klassenrichtwerte festgelegt wurden, die einzuhalten seien. Für die Grundschulen läge der Klassenrichtwert bei durchschnittlich 22,5 Kinder pro Klasse, in den weiterführenden Schulen durchschnittlich bei 26 Kinder pro Klasse.

Frau Barzel (Bereichsleitung Schule) antwortet, dass es vielfältige Gründe für den Anstieg der Schüler*innenzahlen der Glück-auf-Schule gäbe. So gäbe es beispielsweise Wechselbewegungen aus dem Gemeinsamen Lernen oder auch später eingeleitete AOSF-Verfahren.

Herr Krey (SPD) weist darauf hin, dass der hohe Anstieg von AOSF-Verfahren an Grundschulen bereits in der letzten Sitzung des Schulausschusses diskutiert wurde. Es gebe viele Kinder mit besonderen Herausforderungen in den Klassen, so dass regulärer Unterricht kaum möglich sei. Der Schulausschuss solle die Zahlen weiterverfolgen.

Herr Schmidt (Beigeordneter) bedankt sich für die Beiträge und erklärt, die genannten Aspekte würden, wie bereits in der vergangenen Sitzung angemerkt, aufgenommen und in die künftige Arbeit einfließen. Eine Umsetzung sei nicht von einer bis zur nächsten Sitzung erreichbar. Eine Genehmigung für kleinere Klassen durch die Bezirksregierung sei zudem nicht immer einfach zu bekommen.

Er bezieht sich auf den Hinweis von Frau Stehr bezüglich der strategischen Stadtplanung und beschreibt ihn als eines der zentralen Herausforderungen. Hierzu gebe es einen Austausch mit Dezernat 5 über Neuentwicklungen, z. B. den Neubau von Wohngebieten, so dass der Bedarf an Kitas und Schulen mitgedacht würde.

Der Schulausschuss nimmt die Drucksache zur Kenntnis.

3 Vorberatungen

3.1 **Genehmigung der Finanzierungs- und Vertragsverlängerung der OGS-Kooperationsverträge und der Vereinbarung zu den OGS-Ferienangeboten ab dem 01.08.2026 für ein Jahr B/18/0665**

ungeändert vorberaten

Die CDU stimmt der Vorlage grundsätzlich zu. Frau Stehr (CDU) merkt an, dass für diesen Bereich eine zielorientierte Steuerung implementiert werden müsse, die auch im Haushalt zu konsolidieren sei. Frau Stehr kritisiert, es fehlten Informationen zur Qualität und zu den Fachkräften.

Die SPD stimmt der Drucksache ebenfalls zu. Frau Horn (SPD) merkt aber an, dass es sich hierbei nur um eine Übergangslösung handeln könne. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung erhöhe auch die Anforderungen.

Frau Horn kritisiert die fehlende Unterstützung durch die Landesregierung.

Sie bedankt sich im Namen der Fraktion bei den Trägern für das langjährige Engagement und hebt hervor, dass es Oberhausen gelänge, alle Kinder, die einen OGS-Platz wollten, zu versorgen.

Herr Mulia (Linke.Liste) zeigt sich irritiert vom Optimismus der Fraktionen, da die Verlängerung nur für ein Jahr bestätigt wurde. Er möchte wissen, weshalb nicht eine zweijährige Zusage gegeben wurde. Er vermutet, dass das Land die Finanzierung vor der Wahl nicht erneut verlängere. Dies führe dazu, dass man 2027/28 wieder in der gleichen Situation sei.

Frau Barzel (Bereichsleitung Schule) berichtet von dem bestehenden Qualitätszirkel mit den OGS-Trägern, der die Qualität regelmäßig gemeinsam weiterentwickle.

Im Hinblick auf den Ganztagsanspruch bestehe in Oberhausen kein Grund zur Sorge, da derzeit jedes Kind einen Platz in der Ganztagsbetreuung erhalte. Die Bereitstellung der Plätze für die Ganztagsbetreuung sei zudem bisher durch die Grundschulzeit hindurch gesichert.

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig positiv vor.

3.2 **Antrag der AfD-Ratsfraktion nach § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Unterstützung ehrenamtlicher Müllsammelinitiativen sowie Ausweitung präventiver Maßnahmen in Schulen und Kitas A/18/0698**

ablehnend vorberaten

Herr Lange (AfD) erläutert den Antrag der AfD-Fraktion.

Frau Horn (SPD) erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag ablehnt. Sie hielte das Thema für wichtig, aber die vorgeschlagenen Maßnahmen gebe es bereits, so dass die Fraktion

keinen Mehrwert im Antrag sehe. Umweltbildung sei zudem in den Konzepten der Schulen verankert. Die Schulen entschieden selbst über entsprechende Aktionen; zusätzliche Vorgaben seien daher nicht erforderlich.

Darüber hinaus führe die Berichtspflicht zu bürokratischem Aufwand, der keinen praktischen Nutzen habe.

Frau Stehr (CDU) schließt sich an. Sie stellt einige Rückfragen an die AfD.

- Welche Maßnahmen finden aktuell nicht statt und müssten ggf. neu beantragt werden?
- Wie soll die Verwaltung neue Maßnahmen und Aktionen einführen, ohne zusätzlichen Aufwand zu verursachen?
- Wie sollen die Schulen die Einführung neuer pädagogischer Konzepte leisten? (Aufgabe liegt in der Eigenverantwortung der Schulen)?
- Worin liegt der Mehrwert des Antrags, wenn kein Regelungsbedarf besteht?

Herr Lange (AfD) entgegnet, es gebe viel Verbesserungsbedarf; im Stadtgebiet lege viel Müll. Im Dezember 2025 habe es eine Beschwerde von der Heinrich-Böll-Gesamtschule wegen des Mülls gegeben. Inzwischen sei es in dem Bereich wieder etwas sauberer; man hätte dies auf kurzen Weg klären können. Man müsse aber immer wieder auf das Thema hinweisen, um Signalwirkung zu entfalten.

Frau Stehr (CDU) erklärt, der Beitrag von Herrn Lange zeige, dass bereits Maßnahmen vorhanden seien und der Antrag daher überflüssig sei. Sie habe zudem keine Antworten von der AfD zu ihren Fragen erhalten.

Herr Noldus (AfD) erklärt, die im Antrag erfasste Problematik sei von allgemeinem Interesse. Er kritisiert, dass diese Anträge häufig nicht debattiert würden. Es gebe Maßnahmen, die neu angestoßen werden könnten. Die Fraktionen hätten zudem die Möglichkeit, Änderungsanträge zum o.g. Antrag der AfD zustellen. Die AfD sei offen für einen Dialog.

Frau Stehr (CDU) erklärt erneut, die CDU habe keine Antworten auf ihre Rückfragen erhalten. Die AfD habe zudem ausreichend Rückmeldung zu ihrem Antrag von den Mitgliedern des Schulausschusses bekommen.

CDU, Linke Liste, Grüne X Partei und FDP stimmen gegen den Antrag. Die AfD stimmt für den Antrag. Es gibt keine Enthaltungen.

Der Schulausschuss berät die Drucksache ablehnend vor.
--

4 Mitteilungen der Verwaltung

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Dagmar Heitmann

Tanja Helmig
Schriftführer
Matthias Vierhuis